

1. Die aktuelle Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt Rheinland-Pfalz bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu machen. Dies entspricht nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen zur Einhaltung des völkerrechtlich bindenden Pariser Klimaabkommens. Daher fordern wir die CO<sub>2</sub>-Neutralität bis spätestens 2035. Wie stehen Sie dazu?
  - Leider ist es mittlerweile zu spät um noch 30 Jahre auf die CO<sub>2</sub>-Neutralität zu "warten". Daher unterstütze sowohl ich als Direktkandidat, als auch DIE LINKE. die Forderung der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2035.
  
2. Wie bewerten sie die bisherigen Leistungen der Landesregierung im Bereich Klimaschutz?
  - Die genannten Initiativen im Klimaschutzkonzept des Landes sind im Ansatz richtig, viele (geplante) Maßnahmen beziehen sich allerdings hauptsächlich auf die Städte im Land – hier ist bspw. die Förderung des Car-Sharings zu nennen. Des Weiteren sind viele Maßnahmen scheinbar ohne Rücksicht auf soziale Aspekte entwickelt worden. Es braucht bspw. Maßnahmen, die Vermieter\*innen verpflichten ihre Mietshäuser umweltgerecht zu sanieren, statt ausschließlich auf Förderungen für selbst genutztes Wohneigentum zu setzen. Außerdem ist es fraglich ob diese Maßnahmen den Nutzen haben, den sich die Landesregierung erhofft.
  
3. Würden sie der Aussage zustimmen das der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung unserer Zivilisation ist und durch schnellstmögliche Maßnahmen, weltweit und somit natürlich auch im Land, aufgehalten werden muss auch wenn dies nicht kostenlos zu machen ist?
  - Dem stimme ich vollkommen zu. Wie bei meiner vorherigen Antwort bereits angeschnitten dürfen die Kosten für die Umstellung allerdings nicht der finanziellen Unter- und Mittelschicht aufgedrängt werden. Die Kosten des Klimawandels müssen die Tragen, die ihn hauptsächlich verursachen. Deshalb fordere ich auch in Sachen Umwelt- und Klimaschutz "Konzerne zur Kasse".
  
4. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für die Installation von Photovoltaik Modulen auf Neubauten sowie auf Altbauten bei Renovierungen einführt? In mindestens gleichwertig strenger Weise wie Hamburg dies beschlossen hat. [Ja, Nein]
  - Ja, denn der Hamburger Senat hat die richtigen Ausnahmen zur Photovoltaik-Pflicht gesetzt. So entfällt sie bspw., wenn der Bau der Module dem Denkmalschutz widerspricht oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Zusätzlich sollte man dazu noch über Vorgaben nachdenken, die die Größe der Anlage regeln (x% der Dachfläche müssen mit Photovoltaik-Modulen ausgestattet werden).
  
5. Werden Sie den dezentralen, bürgernahen Ausbau der erneuerbaren Energien schnellstmöglich fördern um die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern unnötig zu machen?
  - Ja, solange er sozial verträglich gestaltet wird.

6. Welchen prozentualen Anteil am deutschen Strommix sollten die erneuerbaren Energien im Jahre 2030 Ihrer Meinung nach haben? Angabe bitte in Prozent.
  - Da es unser Ziel ist bis spätestens 2035 klimaneutral zu leben muss auch der prozentuale Anteil der erneuerbaren Energien im Strommix bis 2030 entsprechend hoch sein. Eine Zielsetzung zwischen 70-90% wäre, je nach möglicher Baugeschwindigkeit, angebracht. Je höher der Anteil jedoch ist, desto besser wirkt es sich auf unser zukünftiges Leben aus.
  
7. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für Nahwärme-Netze, welche perspektivisch vollständig mit Energie aus erneuerbaren Energien betrieben werden, in Neubaugebieten einführt? Sowie das diese sukzessiv im Bestand nachgerüstet werden zur kollektiven Dekarbonisierung des Wärmesektors? Hinweis: Stichwörter um dies in unseren ländlichen Gebieten ökonomisch zu ermöglichen sind: Kalte Nahwärme, Agrothermie, Saisonale Wärmespeicher, Nahwärmenetze 4.0 und auf [Wärmewende.de](http://Wärmewende.de) finden sie viele gute Beispiele.
  - Die Pflicht zum Bau von Nahwärme-Netzen in Neubaugebieten, sowie deren Nachrüstung im Bestand kann eine wichtige Säule im Bereich des privaten Wohnens sein und dabei mithelfen unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu neutralisieren. Daher werde ich mich dafür einsetzen.
  
8. Rheinland-Pfalz ist mit dem Saarland das Bundesland mit den meisten Verbrennungsmotor betriebenen PKW je Einwohner, werden Sie sich ernsthaft und tatkräftig dafür einsetzen, dass den Einwohnern zeitnah äquivalente Alternativen geboten werden? Bitte erläutern Sie Ihre Vorschläge hierzu.
  - Unser zentrales Ziel im Land ist der ökologische Ausbau des ÖPNV. So sollen die Städte möglichst komplett autofrei werden und auf dem Land muss die Beförderung der Menschen regelmäßig und zuverlässig möglich gemacht werden. Auch hier spielt der soziale Aspekt eine große Rolle. Daher fordern wir günstigere Ticketpreise und auf lange Sicht einen ticketlosen Nahverkehr statt Ticketpreise, die wie stand jetzt oftmals das 2-3-fache der Spritkosten mit dem eigenen Auto betragen.
  
9. Was halten Sie von der Einführung eines 1,5 Grad kompatiblen CO<sub>2</sub>-Budgets für Rheinland-Pfalz, welches jährlich herabgesetzt wird, dessen Einhaltung rechtsverbindlich einzuhalten ist und von unabhängigen Stellen wissenschaftlich überprüft wird.
  - Ich befürworte diesen Vorschlag. Die Vergangenheit hat bewiesen, dass lose Richtlinien und Ziele nicht zielführend sind. Daher braucht es endlich eine echte Verpflichtung zur Einhaltung der Klimaziele.

10. Die "CO<sub>2</sub>-Steuer" stellt eine wichtige Säule zur Anreizbildung für ein klimagerechteres Wirtschaften dar. Wir fordern eine Höhe der Steuer entsprechend ihrer Folgekosten (laut Umweltbundesamt 195€ pro Tonne). Außerdem fordern wir eine sozial gerechte Anwendung. Wie stehen Sie dazu?
- Auch in dieser Idee stimme ich zu. Wie bereits angesprochen muss eine CO<sub>2</sub>-Steuer aber unbedingt sozial gerecht angewandt werden. Dies kann z.B. über eine entsprechende Entlastung von Niedrig- und Normalverdiener\*innen oder eine effiziente Förderung zum Umstieg auf weniger Schadstoffe verursachende Produkte dieser Menschen geschehen.
11. Täglich werden einige Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Dabei scheint die Anzahl der Einwohner auf Dauer stabil zu bleiben. Durch mehr Wohnfläche je Einwohner und Flächenversiegelungen wird die Fähigkeit der Natur zur Selbstregulation gehemmt. Zudem ist unser aktuelles Modell der intensiv-Landwirtschaft mit extremen Folgeschäden verbunden, was haben sie hier für Vorschläge?
- Die Landwirtschaft muss ökologischer gestaltet werden. Hierbei wollen wir, auch mithilfe eines Agrarstrukturgesetzes, kleine Bauernhöfe stärker gegen Konzerne schützen und bei der Umsetzung klima- und umweltgerechter Landwirtschaft unterstützen. Zudem muss über Zukunftskonzepte zum platzsparenden Leben nachgedacht werden, um eine zu große Flächenversiegelung zu verhindern.